



Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 25. September 2020

Bericht aus der Session – Nummer 36
Rückblick auf die Herbstsession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die **Rückkehr ins Bundeshaus** wurde mit dieser Session vollzogen und ich bin froh darüber. Die bessere Infrastruktur erleichtert unsere Arbeit. Es gibt im Parlamentsgebäude genügend Sitzungszimmer, die Reisezeiten sind dank Bahnhoftnähe kürzer und offene Restaurants vereinfachen die Verpflegung.

Auch wenn wir wieder im Bundeshaus debattierten, prägte die Corona-Pandemie mit **Plexiglas-Trennwänden, Masken**, der intensiven Beratung des Covid-19-Gesetzes sowie der Sorge um die steigenden Fallzahlen in der Schweiz die Herbstsession. Ich finde es toll, dass wir mittels Plexiglaswänden bestmöglich vor einer Corona-Ansteckung geschützt wurden. Zwar wurde es dadurch im Nationalratssaal noch enger, die Akustik litt und an meinem Platz war es wegen der offenen Türen kalt. Das nahm ich aber gerne in Kauf, wenn dadurch der **Parlamentsbetrieb aufrechterhalten** und die Ansteckungsgefahr reduziert werden konnten.

Für mich war es selbstverständlich, ausserhalb des Parlamentssaals insbesondere auch zum Schutz der Parlamentsmitarbeitenden eine **Maske** zu tragen. Leider nahm die Maskendisziplin gegen rechts ab, obwohl Nationalrätin Martullo-Blocher in der Frühlingssession eine Masken-Vorreiterinnen-Rolle eingenommen hatte.

Es waren in den letzten drei Wochen viele Menschen im Bundeshaus, auch wenn Lobbyistinnen und Lobbyisten gemäss Entscheid der Verwaltungsdelegation während der Herbstsession nochmals draussen bleiben mussten. Pro Tag und Ratsmitglied durften vier externe Personen ins Bundeshaus kommen, Journalistinnen und Journalisten hatten ebenfalls Zutritt. Mir persönlich wäre es vor dem Hintergrund der hohen Corona-Fallzahlen in der Schweiz lieber gewesen, es hätte noch **etwas mehr Ruhe** geherrscht.

Zwischen den Sessionen nutze ich jeweils die Zeit, mich vertieft mit Anliegen auseinanderzusetzen, die mir besonders am Herzen liegen. Dazu gehört auch die Verbesserung der Situation von **Kindern mit seltenen Krankheiten und ihren Familien**, für die ich mich seit



mehreren Jahren als Beirätin des [Fördervereins für Kinder mit seltenen Krankheiten KMSK](#) engagiere. So freute ich mich nach der Sommerpause über die Einladung des Pharmaunternehmens Takeda, im Rahmen des Webinars «Zugang zu Therapien für seltene Krankheiten» unter anderem die Perspektive des KMSK einbringen zu können. In der Schweiz gibt es **350'000 Kinder und Jugendliche mit einer seltenen Krankheit**. Meist werden seltene Krankheiten schon in den ersten Lebensjahren entdeckt und führen zu fundamentalen Lebensumstellungen bei den Betroffenen und ihrem Umfeld. Um bei seltenen Krankheiten bestmögliche Unterstützung bieten zu können, braucht es Massnahmen und Angebote, die auf den Erfahrungen betroffener Familien aufbauen und sich stark an ihren Bedürfnissen orientieren. **Dass Menschen mit seltenen Krankheiten von Anfang an eng in die Entwicklung von neuen Medikamenten eingebunden werden sollten**, war deshalb eine wichtige Botschaft meines [Referats](#). Auch die Forderung des KMSK, ein umfassendes digitales und integratives Unterstützungsangebot für betroffene Familien zu entwickeln, konnte ich einmal mehr platzieren. Ich hoffe fest, dass mit fachlichen, politischen und öffentlichen Diskussionen über seltene Krankheiten konkrete Verbesserungen für die betroffenen Menschen angeschoben werden. In diesem Sinne werde ich seltene Krankheiten im Parlament auch zukünftig regelmässig zum Thema machen.

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



25.09.2020

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 36

Rückblick auf die
Herbstsession...

Kurzarbeit: Die Ausweitung der Kurzarbeitsentschädigung in der Corona-Krise treibt die Kosten für die Arbeitslosenversicherung (ALV) in die Höhe. Das Parlament bewilligte dafür im Juni 14,2 Milliarden Franken. Nun hat der Nationalrat die gesetzliche Grundlage für die Zusatzfinanzierung gutgeheissen. Der Entscheid fiel einstimmig. Der ausserordentliche Bundesbeitrag soll verhindern, dass die ALV in eine Überschuldung gerät und die Beiträge erhöht werden müssen. Der Nationalrat nahm auch eine Motion an, die Kurzarbeitsentschädigung für im Betrieb mitarbeitende Ehegatten fordert.

Kommentar: Zum guten Glück gibt es die Kurzarbeit! Ohne Kurzarbeit wäre die Arbeitslosigkeit gemäss Schätzungen des Seco im Monat April auf 20% hochgeschwollen und hätte im Mai und Juni noch ungefähr 8% betragen. Aktuell haben wir eine Arbeitslosigkeit von 3,3%, was vor dem Hintergrund der grossen Krise positiv zu bewerten ist.

Interessenbindung: Der Nationalrat lehnt es ab, dass Mitgliedern der eidgenössischen Räte umfassende Offenlegungspflichten auferlegt werden. Er hat eine entsprechende [parlamentarische Initiative](#) von SP-Nationalrat Mathias Reynard (VS) abgelehnt. Die Initiative verlangte, dass die Mitglieder von National- und Ständerat alle Interessenverbindungen vom Ehrenamt bis hin zu nicht selbst bezahlten Flugreisen offenlegen müssen. Auch alle Einkünfte aus Mandaten sollten offengelegt werden. Es gehe um die Glaubwürdigkeit der Institutionen, argumentierte Reynard. Die Mehrheit sah in dem Anliegen hingegen eine Gefahr für das Milizsystem.

Kommentar: Transparenz wäre so wichtig. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf zu erfahren, wer durch welche Tätigkeit wieviel verdient. Nur so können die Wählerinnen und Wähler abschätzen, welche Mitglieder des Parlaments unabhängig sind und welche eben nicht.

Covid-19-Gesetz: Mit dem [Covid-19-Gesetz](#) will der Bundesrat die Corona-Notverordnungen, die er seit dem Frühjahr erlassen hat, wo notwendig in ordentliches Recht überführen. Die Räte haben sich während der Herbstsession intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt und dem angepassten Vorschlag in der Einigungskonferenz deutlich zugestimmt. Der Nationalrat hatte sich für weitergehende Wirtschaftshilfen als der Bundesrat - etwa für die Event-, Reise- und Kulturbranche - stark gemacht. Die grosse Kammer weitete auch den Anspruch auf Erwerbsausfall für Selbstständigerwerbende aus. Zudem sollen Mitarbeitende auf Abruf oder mit einem befristeten Arbeitsvertrag sowie Lernende Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung haben. Nicht nur Personen, die ihre Arbeit unterbrechen müssen, sondern auch solche, die massgeblich in ihrer Arbeit eingeschränkt sind, können künftig einen Corona-Erwerbsersatz erhalten. Druck auf den Bundesrat machte der Nationalrat auch bei der Corona-Unterstützung für den Sport. Er beschloss, Darlehen nicht an die Ligen, sondern direkt an die Klubs zu vergeben.



Bei der Vorlage handelt sich um ein dringliches Bundesgesetz, das möglichst bald in Kraft treten soll und in weiten Teilen Ende 2021 wieder ausläuft.

Kommentar: Das Covid-19-Gesetz war wohl das wichtigste Geschäft dieser Session. Wir diskutierten intensiv, wie wir die Folgen der Pandemie abfedern können, ohne Tür und Tor für Missbrauch zu öffnen. Ich habe mich in der Debatte zum Covid-19-Gesetz insbesondere für die finanzielle Absicherung der familienergänzenden Kinderbetreuung und die Unterstützung für armutsgefährdete Menschen eingesetzt. KITAS sind systemrelevant und trotzdem konnte sich die Mehrheit von National- und Ständerat nicht dazu bekennen, dass der Bund aktiv wird. Die Kantone sollen es richten. Das bedaure ich sehr. Ich frage mich, wie wir die Schulden aus der

Corona-Krise tilgen können. Die Idee vom Direktor der Konjunkturforschungsstelle der ETH, die Gewinnsteuer im Sinne eines Corona-Zuschlags zeitlich befristet zu erhöhen, finde ich prüfenswert. So könnten sich die Schweizer Unternehmen gegenüber der Gesellschaft und untereinander solidarisch zeigen.

Nur das gemeinsame Handeln bringt die Menschen einander näher.

Simone Weil

Stimmrechtalter: Der Nationalrat nimmt einen neuen Anlauf für die Einführung des Stimmrechtsalters 16. Er unterstützt eine

parlamentarische Initiative aus der Grünen Fraktion. Mit Ja stimmten neben den Grünen die SP und die GLP sowie Mitglieder der FDP- und der Mitte-Fraktion. Initiantin Sibel Arslan (BS) hatte aufgerufen, die Gelegenheit zu nutzen, "Schweizer Geschichte zu schreiben". Das Abstimmungsergebnis wurde im Saal mit Applaus quittiert. Die Staatspolitische Kommission (SPK) hatte die Initiative mit Stichentscheid von Präsident Andreas Glarner (SVP/AG) zur Ablehnung empfohlen. Unter anderem wollte sie auf Entscheide in den Kantonen warten. Bisher lässt nur der Kanton Glarus ab 16-Jährige mitstimmen. In Neuenburg wurde das Stimmrechtsalter 16 Anfang Jahr abgelehnt. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Kommentar: Die Klimajugend führt uns vor Augen, dass junge Menschen die Zukunft politisch mitgestalten wollen. Schliessen wir Teenager nicht weiter aus, sondern geben ihnen ab 16 Jahren die Möglichkeit, politisch mitzubestimmen!

Kündigungsschutz: Es bleibt bei 16 Wochen. Der Nationalrat hat mit 98 zu 77 Stimmen bei 7 Enthaltungen einen Vorstoss abgelehnt, der den Kündigungsschutz für Mütter auf 32 Wochen ausdehnen wollte. Mit dem Nein ist das Geschäft erledigt. Eingereicht hatte den [Vorstoss](#) SP-Nationalrat Mathias Reynard (VS). In den meisten Fällen seien Mütter, die aus dem Mutterschaftsurlaub zurück zur Arbeit kehrten, nicht mehr vor einer Kündigung geschützt, argumentierte Reynard. Dies, weil sie meistens 22 Wochen ihrer Arbeit fernblieben. Dieser schutzlose Zustand sei nicht vertretbar. Eine Mehrheit wollte das liberale Vertragsrecht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerin nicht weiter einschränken.

Kommentar: Dass gemäss Studien jede 10. Frau nach dem Mutterschaftsurlaub gekündigt wird, ist skandalös und macht einen besseren Schutz von jungen Müttern dringend nötig. Leider hat das Wohl von Familien für die Mehrheit unseres Rates keine Priorität vor den Vertragsfreiheiten der Arbeitgebenden.

Unfallversicherung: Der Nationalrat will das Obligatorium für bestimmte Betriebe, ihre Angestellten bei der Suva zu versichern, nicht abschaffen. Er hat einen Vorstoss aus der SVP-



Fraktion abgelehnt. Das Unfallversicherungsgesetz listet auf, welche Betriebe zwingend bei der Suva versichert sein müssen. Beispielsweise sind es industrielle Betriebe, aber auch Handelsfirmen, die mit Maschinen schwere Waren bewegen, sowie die Bundesverwaltung. Diese Regelung berge Abgrenzungsprobleme, kritisierte Initiantin Diana Gutjahr (SVP/TG), und sieben von zehn Betrieben hätten eine private Versicherung. Das Teilmonopol der Suva gehöre vollständig abgeschafft. Mit dem Nein ist der Vorstoss vom Tisch.

Kommentar: Das SUVA-Teilobligatorium bringt die positiven Effekte mit sich, die ich mir auch im Bereich der Krankenkassen mit einer Einheitskrankenkasse wünschen würde: tiefe Prämien und eine wirksame Unfallprävention. Es ist erfreulich, dass die parlamentarische Initiative nicht durchgekommen ist!

Lohnschutz: Der Nationalrat will keine Solidarhaftung für Dienstleistungsfirmen, die Aufträge an Subunternehmen auslagern. Er lehnte eine parlamentarische Initiative aus der SP-Fraktion mit 113 zu 71 Stimmen ab. Diese ist damit vom Tisch. Der vom heutigen Ständerat Carlo Sommaruga (GE) eingereichte Vorstoss hatte verlangt, dass Erstunternehmen zivilrechtlich haften müssten, wenn sich von ihnen engagierte Subunternehmen nicht an Nettomindestlöhne und Arbeitsbedingungen halten. Die Bestimmung im Entsendegesetz, die für das Bauhaupt- und Baunebengewerbe gelte, müsse entsprechend ausgeweitet werden. Die Mehrheit hielt das für wirkungslos, denn im Tertiärsektor gebe es nur selten GAV - hier widersprach Regula Rytz (Grüne/BE) namens der Minderheit - und kaum Mindestlöhne.

Kommentar: Der Schutz für Menschen, die in Subunternehmen arbeiten, muss in der Schweiz dringend verbessert werden. Mit dieser parlamentarischen Initiative ist das leider noch nicht geglückt, das Thema darf damit aber nicht vom Tisch sein!

Legislaturplanung: Die politischen Lehren, welche aus der Corona-Pandemie gezogen werden können, sollen Eingang in die Legislaturplanung 2019-2023 finden. Der Nationalrat stimmte am Montag dieser Idee des Ständerats zu. Der Nationalrat setzte aber bei der Beratung der Legislaturplanung auch eigene Akzente. So sollen gleichstellungsfördernde Artikel aufgenommen werden, etwa zur Einführung der Individualbesteuerung, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Verminderung von Gewalt an Frauen. Zudem will der Nationalrat etwa den flächendeckenden Ausbau der 5G-Technologie in der Legislaturplanung aufnehmen. Die Grünen wollten das Geschäft an den Bundesrat zurückweisen, damit dieser den Klimaschutz als Leitthema der gesamten Politik einbaut. Der Antrag wurde mit 166 zu 30 Stimmen abgelehnt. Das Geschäft geht in die Einigungskonferenz.

Kommentar: Ich freue mich darüber, dass unser Rat gleichstellungsfördernde Artikel in die Legislaturplanung aufnehmen will! Alliance-f hat ein ganzes Massnahmenpaket geschürt.

Sozialversicherung: Wenn ein krankes Baby nach der Geburt länger im Spital bleiben muss, soll die Mutter länger Mutterschaftsurlaub machen können. Dieser Meinung ist nach dem Ständerat auch der Nationalrat. Es verbleiben aber zwei Differenzen. Die grosse Kammer hat stillschweigend beschlossen, dass die Mutterschaftsentschädigung verlängert wird, wenn das Neugeborene unmittelbar nach der Geburt ununterbrochen während mindestens zwei Wochen im Spital bleiben muss. Bundesrat und Ständerat wollen, dass die Regel erst nach drei Wochen Spitalaufenthalt greift. Im Gegensatz zum Ständerat beantragt der Nationalrat zudem, dass nur Mütter Anspruch auf diese Verlängerung der Entschädigung haben, die nach dem Mutterschaftsurlaub nachweislich wieder ins Erwerbsleben zurückkehren wollen. Die [Vorlage](#) geht zurück an den Ständerat.

Kommentar: Mütter und auch Väter sollen für ihr Kind da sein können, wenn es nach der Geburt länger im Spital bleiben muss. Die heutige Regelung, dass die Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Kindes aufgeschoben werden kann, wird der schwierigen Situation von jungen Familien mit einem kranken Säugling nicht gerecht. Ich bin erleichtert, dass die



Verlängerung der Mutterschaftsentschädigung in diesen Fällen von 98 auf maximal 154 Tage in beiden Räten auf Zustimmung gestossen ist.

Kita-Hilfe: Von den Corona-Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung sollen mehr Institutionen profitieren als bisher. Der Nationalrat hat eine entsprechende [Motion](#) seiner Bildungskommission (WBK) angenommen - mit 117 zu 67 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Stimmt der Ständerat einer gleichlautenden Motion seiner Kommission zu, muss der Bundesrat die Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung anpassen. So sollen auch Institutionen berücksichtigt werden, die vom Kanton oder von der Gemeinde Subventionen erhalten oder von der öffentlichen Hand betrieben werden. Die Verordnung zur Kita-Hilfe ist rückwirkend per 17. März 2020 in Kraft getreten und läuft am 16. September aus. Der Entscheid des Nationalrats hat so eher symbolischen Charakter. Eine fristgerechte Revision und Umsetzung der Verordnung durch die Kantone ist nicht mehr möglich.

Kommentar: Kitas liegen mir ganz besonders am Herzen (vgl. auch [meinen Beitrag von Ende März 2020](#)) und deshalb freute ich mich sehr über den Entscheid des Nationalrats. Ich hoffe fest, dass die Motion auch im Ständerat angenommen wird!

Krankenkassen: Minderjährige sollen Zugang zu medizinischen Leistungen haben, auch wenn ihre Eltern die Krankenkassenprämien nicht bezahlt haben. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion mit 137 zu 45 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Wer auf die Liste der säumigen Prämienzahlenden kommt, hat nur noch Anspruch auf Notfallbehandlungen. Die Schweiz verstösse damit gegen die Kinderkonvention. Es sei an der Zeit, diese Gesetzeslücke zu schliessen. Barille fordert daher eine Anpassung des Krankenversicherungsgesetzes, sodass Minderjährige nicht mehr auf solche Listen gelangen können. Verena Herzog (SVP/TG) setzte sich vergeblich gegen die Motion ein. Es gehe auch um Gleichberechtigung derjenigen, die ihre Prämien bezahlen, argumentierte sie. Auch der Bundesrat ist dagegen. Der Vorstoss geht an den Ständerat.

Kommentar: Die Kinderrechtskonvention ist für die Schweiz bindend, schliesslich hat sie die Konvention im Jahr 1997 ratifiziert. Verstösse gegen die Konvention sind so rasch wie möglich zu beseitigen. Ich hoffe, dass die Motion auch im Ständerat eine Mehrheit findet.

Kinderspitäler: Die heutigen Tarifstrukturen decken die Leistungen von Kinderspitälern oft ungenügend ab. Das Parlament verlangt vom Bundesrat, die Finanzierungslücken der Kinderspitäler zu schliessen. Der Nationalrat hat eine entsprechende [Motion](#) des Ständerats stillschweigend angenommen. Hintergrund des Vorstosses sind vier Standesinitiativen aus den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit ähnlichen Anliegen. Der Nationalrat nahm auch eine Motion von Ständerat Damian Müller (FDP/LU) an. Diese hat die gleiche Stossrichtung, ist aber breiter gefasst. Die vier Standesinitiativen lehnte der Ständerat zugunsten der Kommissionsmotion ab. Die Motionen gehen nun an den Bundesrat zur Umsetzung.

Kommentar: Dass die Leistungen der Kinderspitäler im Tarifsysteem nicht adäquat abgebildet sind, führt zu einem grossen Druck auf die Spitäler. Die Behandlung von komplexen Fällen, zu denen auch seltene Krankheiten gehören, führen zu grossen Defiziten in den Kinderspitälern. Dieser finanzielle Druck auf Kinderspitäler gefährdet die ausreichende kindermedizinische Versorgung in der Schweiz.

Krankenversicherung: Der Nationalrat will Vermittlungsprovisionen für Wechsel in der Grundversicherung der Krankenkasse einen Riegel schieben. Er stimmte einer [Standesinitiative](#) des Kantons St. Gallen mit 96 zu 79 Stimmen bei acht Enthaltungen zu. Die Minderheit setzte sich gegenüber der Mehrheit durch, der ein vollständiges Verbot dieser Provisionen zu weit ging. Der Kanton St. Gallen argumentiert, dass Krankenkassen im Zusammenhang mit Kassenwechseln



jährlich "Hunderte von Millionen Franken" an Vermittler überweisen würden und forderte ein Verbot dieser Prämien.

Kommentar: Mit unseren Prämien für die obligatorische Krankenversicherung werden bis zu CHF 1'500.- Vermittlungsprovisionen pro neuen Vertragsabschluss bezahlt. Dieses Geld kann von den Krankenkassen wahrlich sinnvoller eingesetzt werden. Ich bin sehr froh, dass die Standesinitiative angenommen worden ist!

Alzheimer: Der Bundesrat soll beauftragt werden, ein nationales Forschungsprogramm (NFP) zur Alzheimerkrankheit zu lancieren. Ein solches Programm könne die Chancen für einen Durchbruch in der Forschung verbessern, sagte Christoph Eymann (LDP/BS). Es brauche dafür keine zusätzlichen Finanzen. Schweizer Forscherteams arbeiteten bereits an der Entwicklung von Medikamenten und Therapien, entgegnete Forschungsminister Guy Parmelin. Auch auf europäischer Ebene liefen Bemühungen. Ein zusätzliches Forschungsprogramm sei nicht notwendig. Der Nationalrat stimmte der [Motion](#) trotzdem zu, mit 130 zu 51 Stimmen. Diese geht nun an den Ständerat.

Kommentar: Alzheimer bringt für Betroffene und ihre Angehörigen viel Leid. Dass sich die Schweiz bei der Suche nach Medikamenten und Therapien beteiligt, ist gut.

Waffen: Schweizer Waffen tauchen immer wieder in Bürgerkriegsländern auf. Dem soll mit mehr Transparenz über Rüstungsexporte begegnet werden. Eine [Motion](#) von Pierre-Alain Fridez (SP/JU) mit dieser Forderung ist im Nationalrat gescheitert. Heute beschränke sich die Politik auf nachträgliche Erklärungsversuche, so Fridez. Die Transparenz sei auch ohne Gesetzesänderungen verbessert worden, sagte Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin. Er erinnerte zudem an die regelmässig publizierten Statistiken und die ausführlichen Informationen über Waffenexporte. Die Schweiz gehöre gemäss einem internationalen Ranking zu den transparentesten Ländern der Welt. Zudem seien die Kontrollen in den Abnehmerländern verschärft worden. Mit der Ablehnung durch den Nationalrat ist der Vorstoss vom Tisch.

Kommentar: Die Schweiz sollte alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Export von Schweizer Waffen in Kriegsgebiete zu verhindern. Ich bin enttäuscht, dass unser Rat die Chance, mehr Transparenz ins Waffengeschäft zu bringen, mit 107 zu 86 Stimmen verpasst hat.

Familienpolitik: Der Nationalrat hält nichts vom Vorschlag, Vätern und Müttern nach einer Geburt oder einer Adoption einen Anspruch auf Reduktion ihrer Arbeitspensen einzuräumen. Der Nationalrat hat eine [parlamentarische Initiative](#), die das Obligationenrecht entsprechend anpassen wollte, mit 117 zu 71 Stimmen abgelehnt. In der Bundesverwaltung und auch in kantonalen und städtischen Verwaltungen habe sich diese Regelung bewährt, begründete Nadine Masshardt (SP/BE) ihre Initiative. Der Anspruch auf eine Senkung des Arbeitspensums um bis zu 20 Prozent sollte auch in anderen Betrieben ermöglicht werden. Ihr Anliegen war, dass junge Väter vermehrt Teilzeit arbeiten können.

Kommentar: In der Schweiz besteht bezüglich Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor ein grosser Nachholbedarf. Schade, ist dieser Verbesserungsvorschlag abgelehnt worden.

Opferhilfe: Die maximale Entschädigungspflicht, die Arbeitgebern Opfern von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz bezahlen müssen, wird nicht erhöht. Der Nationalrat hat einen [Vorstoss](#) von Flavia Wasserfallen (SP/BE) mit 102 zu 90 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Sie verlangte, dass der maximale Betrag zwölf statt sechs Monatslöhne beträgt. Dafür hätte das Gleichstellungsgesetz angepasst werden müssen. Eine Mehrheit beurteilte das Anliegen als wichtig, bezweifelte aber die präventive Wirkung einer Erhöhung der Maximalentschädigung zulasten des Arbeitgebers.

Kommentar: Mit Geld kann das grosse Leid von Opfern sexueller Gewalt nicht wettgemacht werden. Die Erhöhung der Entschädigung für Opfer sexueller Gewalt hätten mindestens die finanziellen Folgen solcher Übergriffe gelindert.



Parteienfinanzierung: Der Nationalrat tut sich weiterhin schwer mit Regeln für die Parteienfinanzierung. Er hat am Donnerstag den indirekten Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative mit 168 zu 18 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt. Die Ja-Stimmen verteilten sich auf 17 FDP-Vertreter sowie einen BDP-Nationalrat. In der Detailberatung wurden alle Anträge der Kommission, die die Vorlage abschwächten, angenommen. Die Ratslinke argumentierte, dass ohne die Namensnennung von Spenderinnen und Spendern die Vorlage kein Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative sei. Die SVP lehnt die Vorlage aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Das Geschäft geht nun zurück an den Ständerat. Lehnt ihn dieser ebenfalls ab oder bleibt die grosse Kammer bei ihrer zweiten Beratung bei ihrem Entscheid, ist die Vorlage definitiv gescheitert.

Kommentar: Unsere Wählerinnen und Wähler sollen wissen, wie unsere Parteien finanziert sind. Ich bin zuversichtlich, dass die [Transparenzinitiative](#) auch ohne Gegenvorschlag an der Urne gute Chancen hat, angenommen zu werden.

Persönliche Vorstösse in der Herbstsession:

- [20.3972](#) Evaluation der Revision der elterlichen Verantwortung nach Trennung oder Scheidung (Postulat)
- [20.4082](#) Transparente und klar geregelte Verfahren bei der Verabschiedung von medizinisch-ethischen Richtlinien (Interpellation)
- [20.3971](#) Analyse zur Umsetzung der Mankoaufteilung (Postulat)
- [20.4084](#) Nationale Strategie zur Bekämpfung der Cyber-Pädokriminalität (Motion)
- [30.4083](#) Universelle Gesundheitsversorgung (Interpellation)